



## Mit dem IS verhandeln?

### Eine Erklärung der DFG-VK NRW

März 2017

Für einigen Wirbel hat ein Halbsatz im diesjährigen Aufruf zum Ostermarsch Rhein/Ruhr gesorgt. Unter der Überschrift „Unsere Vorschläge“ heißt es dort: „Verhandeln statt Schießen: Jede Minute Waffenstillstand rettet Leben: in Syrien, im Irak, in Mali und anderswo. Es muss mit allen Konfliktparteien, auch dem IS verhandelt werden. Die Waffen nieder und miteinander sprechen ist das Gebot der Stunde.“

Zu dieser Formulierung gab es aus verschiedenen Richtungen zum Teil heftige Reaktionen. So twitterte z.B. der Sprecher der grünen LAG Demokratie und Recht: „Der Ostermarsch Ruhr möchte Friedensverhandlungen mit dem IS führen. Mir fehlen die Worte.“ Aber auch aus Reihen dem Ostermarsch nahe stehender Organisationen wurde Kritik und Unverständnis geäußert, wie man denn Verhandlungen mit einer Organisation fordern könne, die sich solcher Verbrechen schuldig gemacht hätte wie der IS.

Wir möchten als DFG-VK Landesverband NRW begründen, warum wir die Formulierung aus dem Ostermarsch-Aufruf richtig finden und unterstützen. Es geht uns dabei nicht um eine Relativierung oder Differenzierung von Terrorbanden – ganz im Gegenteil. Wenn Terrorbanden ein Kriterium sind, dann trifft dieses Kriterium u.a. auch auf die Regierungen der USA und Russlands und die hinter ihnen stehenden Kräfte zu, die mit Tausenden von Atomwaffen die ganze Menschheit terrorisieren. Die Ostermarschbewegung, als deren Teil sich die DFG-VK versteht, ist aus der prinzipiellen Ablehnung dieses Atomwaffenterrorismus entstanden – und hat immer auch gefordert, Abkommen zu verhandeln, die Atomwaffen weltweit verbieten.

Wir sehen: Die massive Berieselung durch die regierungspolitisch angepasste Massenmedien kann emotional dazu verleiten, einzig den IS und seine Gräueltaten als verdammenswert anzusehen. Verdammenswert zweifelsohne – aber was unterscheidet den Tod eines Menschen, der vom IS bestialisch ermordet wurde, von dem, der von Fassbomben oder Uranwaffen so genannter regulärer Truppen inklusive jener ausländischen Streitkräfte, die in der Region absolut nichts zu suchen haben, verursacht wurde? Die einen Leichen werden möglichst zerstückelt gezeigt, die anderen möglichst gar nicht. Das ist der einzige Unterschied und er ist ein propagandistischer, meinungsmanipulativer.

Jüngste Aussagen verweisen auf die Richtigkeit der Forderung nach Verhandlungen mit dem IS. Bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz äußerte sich der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Staffan de Mistura so: Es müsse eine neue politische Dynamik im Syrienkonflikt von Interesse sein, wenn der IS nicht nur bekämpft, sondern auch wirklich besiegt werden soll: Aus früheren Kriegen wie in Afghanistan oder dem Irak habe man gelernt, dass Extremisten weiter Zulauf haben, wenn es keine politische Lösung gäbe, die alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen eines Landes einbinde. Und selbst ein Kommandeur der jetzt in Mossul kämpfenden irakischen Anti-Terror-Einheiten wird in der Westdeutschen

Allgemeinen mit den Worten zitiert: „Daesh (der IS) ist wie ein Krebsgeschwür. Man kann die Idee nicht töten“.

Das ist auch für uns als DFG-VK der springende Punkt: Vorstellung und Absicht, mit terroristischen Methoden etwas erreichen zu können, müssen gebannt werden – jedoch nicht dadurch, dass noch Öl ins Feuer gegossen wird, indem man dem doch längst widerlegten Irrglauben weiter Vorschub leistet, dass Krieg durch Krieg, Terror durch Terror bekämpft werden könne. Jüngstes Beispiel: In Afghanistan hat der Westen die Taliban nicht militärisch besiegen können, da sie, als Gegenreaktion, immer wieder neuen Zulauf erhielten.

Auch der IS wird immer neuen Zulauf erhalten, solange man die Probleme nicht angeht, für die er Lösungen zu haben vorgibt: Das Zugeständnis gleicher Rechte für die sunnitische Bevölkerung im Irak. Mit militärischer Gewalt kann das nicht gelingen. Ganz im Gegenteil wird neuer Hass geschürt, der neue Kämpfer motiviert. Ziel des sich als Kalifenstaat definierenden IS ist es ja prinzipiell, den von den Ungläubigen Unterdrückten eine neue Identität anzubieten. Wer da den IS militärisch ausrotten will, tut ihm den größten Gefallen. Auch deswegen kann das Gegenmittel nur heißen: Isolieren und Verhandeln.

In der Kritik am erwähnten Passus des Ostermarschaufrufs wird angeführt, Verhandlungen würden den IS aufwerten und ihm einen Status zuerkennen, der ihm nicht gebührt. Was heißt das? Der IS ist eine der Konfliktparteien, die über zigtausend Kämpfer und schwere Waffen verfügt, über umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten und weiterhin über eine Verankerung in nicht zu vernachlässigenden Teilen der Bevölkerung. Was gibt es da noch aufzuwerten, was nicht eh schon da ist?

Die anderen, namentlich ausländischen Konfliktparteien in Syrien wollen offensichtlich unter sich eine „Lösung“ aushandeln. Aber solange sie einen der wesentlichen Brandherde, den IS mit seiner Entstehungsgeschichte und seiner regionalen Verankerung, von Verhandlungen absichtlich ausklammern, wird es im friedlichen Sinne keine umfassende Lösung geben. Wir hegen den begründeten Verdacht, dass dies womöglich auch nicht gewünscht ist. Denn es geht letztendlich um die Aufteilung von Macht- und Einflussphären ohne Rücksicht auf Verluste. Schon lange hat die Friedensbewegung gefordert, den IS auszutrocknen, ihn von seinen Nachschubwegen für Waffen und Geld abzuschneiden – ein erster Schritt, den IS in seiner Kampfkraft zu schwächen. Wir fragen: Warum wird das heruntergespielt, warum geschieht das nicht?

Mit Terroristen verhandelt man nicht? Was ist denn die Alternative? Keiner der Kritiker hat sie konkret benannt. Sehen die Kritiker, zum Teil langjährige Bündnispartner von uns und Mitwirkende im Ostermarsch, unausgesprochen, aber tatsächlich nur die Möglichkeit, dem IS mit militärischen Mitteln zu begegnen?

Die Alternative zu Verhandlungen? US-Präsident Trump möchte den IS „ausrotten“, also möglichst alle Kämpfer töten. Für den Präsidenten eines Landes, dessen militaristische Kriegsführer willkürlich Menschen mit Drohnen töten lassen, mag das eine Alternative sein. Für uns als Friedensorganisation nicht!

In diesen Wochen tobt der Kampf um Mossul. Dort leben in dem vom IS gehaltenen Stadtteil 750.000 Zivilisten. Wie viele müssen bei der militärischen „Befreiung“ der Stadt noch ihr Leben lassen? Die Ostermarschbewegung kann und darf nicht militärischer Gewaltanwendung das Wort reden – und vor allem kann sie nicht die einen Gewaltanwender „besser“ als andere Gewaltanwender einstufen. Das würde allen Kriegsbefürwortern gefallen,

wenn wir plötzlich militärische „Lösungen“ für richtig hielten. Ein Ostermarsch aber, der nicht Ross und Reiter allen Kriegsübels benennt, ist kein Ostermarsch mehr.

Als Alternative Verhandlungen? Der Erfolg des IS im Irak war nur dadurch möglich, dass sich ihm im Irak Angehörige der Armee, ehemalige Baathisten und Staatsfunktionäre anschlossen. Sie waren durch die sektiererische, einseitig auf die schiitische Bevölkerung ausgerichtete Politik der irakischen Regierung enttäuscht. Sie teilen kaum das ideologisch eingeebte Weltbild eines selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi. Hier könnten Verhandlungen ansetzen, mit ehemaligen irakischen Offizieren und sunnitischen Teilen des IS einen Separatfrieden zu verhandeln.

Uns soll Glauben gemacht werden, die einzige Verhandlungsebene sei die, die Großmächte wie USA und Russland im Sinn haben. Dabei hat selbst der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Walter Ischinger, schon 2016 eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ ins Spiel gebracht, die alle Konfliktbeteiligten der Region einzubeziehen hätte. Eine Friedenslösung für den Nahen und mittleren Osten kann nur Erfolg haben, wenn die berechtigten Interessen aller Staaten und Bevölkerungsgruppen in der Region Berücksichtigung finden. Und natürlich sind Waffenstillstandsverhandlungen notwendig, um das Töten zu stoppen und nach akzeptablen Friedenslösungen zu suchen.

Frieden mit Freunden zu verhandeln führt nicht weit – es geht darum mit Menschen zu reden, die ein anderes Weltbild haben. Verhandeln heißt nicht, begangene Verbrechen zu ignorieren. Auch in der Vergangenheit sind nach ausgehandelten Friedensschlüssen Kriegsverantwortliche vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen worden. Das muss auch im Fall des IS geschehen.

Die Ostermarschbewegung umfasst unterschiedliche politische Anschauungen zu einzelnen Themen. Was sie stark macht ist, dass sie sich konsequent gegen jegliche Art von Krieg und Rüstung wendet. Davon dürfen wir uns nicht abbringen lassen und müssen über alle Unterschiede hinweg gemeinsam für Frieden und Abrüstung aktiv bleiben.

**Deutsche Friedensgesellschaft-  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW**  
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund  
0231/8180-32 (fax -31)  
[www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)